



## Editorial

DKG-Hauptgeschäftsführer **Georg Baum**

# Krankenhäuser bereit für Investitionsprogramm

**W**as sind das für Zeiten? Die Politik jongliert mit Hunderten von Milliarden. Unvorstellbare Summen werden bereitgestellt, um Banken zu retten und missratene Geschäfte abzusichern. Nur Bruchteile dieser Summen würden ausreichen, den Krankenhäusern umfassend zu helfen. Anders als Banken sind die Krankenhäuser unverschuldet in der Kostenfalle. Das Hilfsprogramm der Bundesregierung deckt kaum die Hälfte der Tarifsteigerungen und kommt zudem sehr spät. Nach dem Zeitplan für das Gesetz können frühestens im März konkrete Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über den Prozentsatz geführt werden, mit dem die 1,3 Mrd. € Teilkompensation für die Tarifsteigerungen in die Landesbasisfallwerte eingebracht werden. Bis das einschließlich eines zu erwartenden Schiedsverfahrens bewältigt ist, dürfte mehr als die erste Jahreshälfte vorbei sein. Zur anhaltenden Unterfinanzierung kommt auch noch ein Liquiditätsproblem. Denn ab Januar müssen in vielen Kliniken um mehr als 5 Prozent höhere Löhne gezahlt werden. Krankenhäuser berichten bereits über deutlich restriktivere und auch teure Bedingungen für Kreditlinien bei den Banken. Die Finanzkrise kann auch für Krankenhäuser zur Kreditkrise werden. Deshalb richten wir den dringenden Appell an die Politik, eine prozentuale Erhöhungsrage im Gesetz festzulegen. Dies zu tun wäre ein weit geringeres Entgegenkommen als das, was derzeit zugunsten der Banken passiert, und zudem kostet es nichts.

Mit 15,5 Prozent hat sich das BMG auf eine Begrenzung des GKV-Beitragssatzes gegen die Krankenkassen im Schätzerkreis durchgesetzt. Die Verhandlungen haben einen Vorgesmack auf das gegeben, was jedes Jahr kommen kann. Beitragssatz und zu erwartendes Ausgabenvolumen werden deckungsgleich gemacht. Wenn es sein muss durch ein begleitendes Kürzungsgesetz und wohl immer zu Lasten der Leistungserbringer. Für den Fall, dass sich zeigen sollte, dass mit über 3,5 Mrd. € hinausgehenden Mehrausgaben für Krankenhausleistungen zu rechnen ist, sollen noch in das laufende KHRG-Gesetzgebungsverfahren Kürzungen zu Lasten der Krankenhäuser eingebaut werden. Dies hat das BMG zu Protokoll gegeben. Für andere Leistungsbereiche wurden solche Ankündigungen nicht abgegeben, obwohl zum Beispiel die Arzneimittelausgaben seit Jahren um die 5 Prozent steigen. Noch ehe es richtig losgeht, zeigt sich der Fonds für die Kran-

kenhäuser von seiner hässlichsten zu erwartenden Seite. Die Empörung in den Krankenhäusern über die Ankündigung des BMG ist groß. Es wäre eine Provokation allererster Ordnung, wenn der ohnehin nur teilweise Tarifaufgleich mit dem gleichen Gesetz auch noch gekürzt würde. Der Gesetzentwurf ist im parlamentarischen Verfahren; die Abgeordneten des Deutschen Bundestages entscheiden über Änderungen. Sie alle haben noch die Fehleinschätzungen im Ohr, die zum Sanierungsbeitrag geführt haben, der im November und Dezember nochmals 40 Mio. € aus den Krankenhäusern herauszieht, um die Kassen zu sanieren, die inzwischen auf 3,5 Mrd. € Vermögen sitzen.

Die Abgeordneten werden sich hoffentlich nicht erneut zu einer falschen Entscheidung bewegen lassen. Selbst wenn die Krankenhausaufgaben im nächsten Jahr auf die von den Kassen behaupteten 4,6 Mrd. € steigen würden, wäre das ein immer noch geringerer Zuwachs als der von der Politik akzeptierte 10-prozentige Anstieg der ärztlichen Vergütungen. Die tarif- und inflationsbedingten Mehrkosten der Krankenhäuser wären selbst davon noch nicht gedeckt. Zudem weiß jeder, dass mehr Leistungen auch mehr Kosten verursachen und dass Umsatz nicht mit einem frei verfügbaren Erlös verwechselt werden darf.

Die Finanzkrise hat die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit erfasst. Die Sorge um Konjunktur und Wachstum ist mehr als berechtigt. Das Nachdenken über Investitionsförderung durch den Staat kann nicht schädlicher sein als die Milliardenhilfen, die für Banken bereitgestellt werden. Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand fördernde Investitionsbedarfe in den Krankenhäusern liegen bis ins Detail ausgearbeitet vor. Wenn es ein Investitionsförderprogramm gibt, sollten die Krankenhäuser berücksichtigt werden.